

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

10.5.1862 (No. 110)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 10. Mai.

N. 110.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Mai und Juni der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

Δ Berlin, 9. Mai. Die ministerielle „Sternzeitung“ schreibt: In der gestrigen Bundestags-Sitzung wurde die Eingabe Kaffeler Wähler in Betreff der Verordnung der kurhessischen Regierung vom 26. v. M. der Reklamationskommission überwiesen. In Anbetracht der Wichtigkeit hatte der preussische Gesandte die Ueberweisung der Eingabe an den hessischen Ausschuss beantragt und diesen Antrag durch Hinweis auf den bedenklichen Charakter der Wahlverordnung vom 26. April motivirt. Bei der unmittelbar bevorstehenden Ausführung sei Gefahr im Verzuge. Die Maßregel der kurhessischen Regierung drohe schwere politische Folgen nach sich zu ziehen, und dokumentire außerdem Mangel an Rücksicht gegenüber dem Antrag Preussens und Oesterreichs. Der kurhessische Gesandte bezieht sich eine Gegenerklärung vor. [Vergl. unten * Frankfurt.]

Petersburg, 8. Mai. (Frff. Bl.) Das heutige „Journ. de St. Petersburg“ meldet die definitive Enthebung des Generals Lambert krankheitshalber von seinem Posten als Gouverneur von Polen. Ein Nachfolger ist noch nicht ernannt worden. General Lüders ist gestern nach Warschau zurückgekehrt.

Brüssel, 7. Mai, 3 Uhr Nachmittags. (Köln. Zig.) Ich habe amtliche Nachrichten von heute Mittag über das Befinden des Königs; dieselbe verbrachte eine ruhige Nacht und befindet sich ein wenig besser.

Turin, 6. Mai, Abends. Wie die „Correspondance Italienne“ meldet, wird der Herzog von Modena sein Heer nicht entlassen. Er wird bei der Infanterie Reformen einführen und ihr den Namen „Benetianische Brigade“ geben. Sie wird den Eid darauf leisten, dem Herzog während seines Aufenthalts in der Fremde zu dienen und ihm bei seiner Rückkehr zu folgen. Diejenigen Soldaten, welche den Eid der Treue nicht erneuern wollen, werden verabschiedet.

Triest, 8. Mai, Athen, 3. Mai. (A. Z.) Die Königin ist von den Beschädigungen bei einem am 3. April gemachten Pferdehieb vollkommen hergestellt. Hier, sowie in Syra, Tripolizza und Nauplia wurden neue Verhaftungen vorgenommen. Königliche Dankdekrete an Armee und Marine erlassen.

Moskau, 6. Mai. Zwischen Gajko und Nowosigul bei Salmo raubden gestern früh Montenegriner und Insurgenten, welche über die Gebirge kamen, bei 500 nach Moskau zurückkehrende Transportpferde. Den 90 Eigenthümern, sämtlich Christen, wurden alle ihre Effekten und Kleider abgenommen und dieselben halbnackt, aber unverfehrt entlassen. Der wisch Pachka ist heute Morgens mit Militär und Baschi-Bozufs eiligst dahin abgegangen.

Badischer Landtag.

++ Karlsruhe, 9. Mai. Fünfundvierzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hilkebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums der Justiz, Staatsminister Dr. Stabel; der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Lamey; der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Dr. Weizel; später groß. Generalauditor, Geh. Rath Dr. Brauer.

Das Sekretariat zeigt den Einlauf mehrerer Petitionen an, die wir nachtragen werden.

Abg. Thoma zeigt an, daß der Bericht über das Budget des Finanzministeriums, über Münzverwaltung u. druckfertig sei.

Der Präsident theilt mit, daß in die Kommission für das Gesetz, die Verwollständigung der Schienenwege betreffend, gewählt worden seien: die Abgg. Paravicini, Haager, Thoma, Schaaff, Kirsner. Auf den unterstützten Antrag des Abg. Paravicini wird diese Kommission am Schluß der Sitzung um folgende 4 Mitglieder verstärkt: Schmitt, Häuffer, Ehard, Spohn.

Die Tagesordnung führt zur Verathung von Petitionsberichten, und zwar berichtet

1) Abg. Kusel über die Bitte mehrerer Einwohner von Achern, Oberachern und Oberkirch, um Erwirkung einer allgemeinen Amnestie.

Die Kommission bemerkt, wenn man das, was bisher in unserm so schwer von Stürmen heimgesuchten Lande bereits zu Gunsten der politischen Verurtheilten geschah, mit den Zuständen anderer Länder vergleiche, so finde man, daß die badische Regierung auch in der schweren Kunst des Vergessens und Vergehens keiner andern nachsteht. Nichtsdestoweniger glaubt die Kommission anzusprechen zu müssen, daß auch sie den Augenblick freudig begrüßen wird, wo allgemein und unbedingt auch dem letzten politischen Verbrecher die straffreie

Rückkehr in das Vaterland gestattet werden kann. Nur darin stimmt die Kommission nicht mit den Bittstellern überein, daß es nun Sache der Stände sei, auf die alsbaldige Gewährung jener Wünsche hinzuwirken. Gegenüber der so vielfach bewährten Milde des Landesherrn und gegenüber einer freisinnigen Regierung scheint es der Kommission fast nicht erlaubt, dem schönsten Vorrecht der Krone ein bestimmtes Ziel vorzuschreiben zu wollen.

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der letzte Schritt der Gnade nicht länger wird auf sich warten lassen, als gebiende Gründe es erheischen, schlägt die Kommission vor, auszusprechen: „Die Zweite Kammer, vertrauensvoll der Regierung anheimgebend, zu entscheiden, wann die Erfüllung der Wünsche der Petenten möglich und rathsam sei, geht zur Tagesordnung über.“

Staatsminister Dr. Stabel: Durch den Gnadenakt vom 1. Dez. 1860 ist allen politisch Verurtheilten ohne Unterschied, selbst den schwerst bestrafte, die Aussicht auf straffreie Rückkehr ins Vaterland eröffnet worden, sofern sie darum nachsuchen.

Daß dies kein leeres Wort, sondern ernstlich und wohlmeinend verstanden war, beweist am schlagendsten die Thatfache, daß bis jetzt keinem einzigen, selbst nicht dem am schwersten Verurtheilten, die straffreie Rückkehr verweigert wurde, wenn er darum nachsuchte. Es befinden sich überhaupt von den Schwerbetheiligten nur noch etwa 15 im Ausland, und diese haben bis jetzt noch keine Bitte um straffreie Rückkehr gestellt. Bei dieser Sachlage könnte die Erlassung einer allgemeinen Amnestie keinen andern Zweck haben, als die Verurtheilten der Nothwendigkeit zu erheben, eine Bitte einzureichen, in der sie die straffreie Rückkehr verlangen. Man kann jedoch in der Auflage einer solchen Bitte keine Härte und keine unbillige Zumuthung finden, denn man fordert ja gar nichts weiter, als ein einfaches Gesuch um die Erlaubniß, straffrei ins Vaterland zurückzukehren. Ich kann auch unmöglich glauben, daß irgend ein Flüchtling deshalb nicht zurückkehren will, weil er es unter seiner Würde hält, Allerhöchsten Dries ein solches Ansuchen zu stellen. Sollte indeß dies wirklich der Fall sein, so müßte man eben annehmen, daß der Glaube vorhanden sei, die Vergünstigung sei kein Akt der Milde, sondern eine Amnestie, die deshalb erlassen werde, damit das Vaterland die Flüchtlinge dafür um Verzeihung bitte, daß sie von den Gerichten verurtheilt worden sind.

Die Erlassung einer Amnestie hat aber auch noch eine andere Schwierigkeit, die die Regierung bis jetzt nicht zu besiegen vermochte. Sie hat noch keinen Ausweg gefunden, dies Hinderniß zu beseitigen. Es ist notorisch, daß sich unter den Flüchtlingen einige, wenn auch sehr wenige, befinden, die im Ausland ihr revolutionäres Treiben bis zur Stunde fortsetzen, indem sie durch Wort und That an solchen Unternehmungen und Verbindungen Theil nehmen, die einen allgemeinen Umsturz der Staatsordnung herbeizuführen bezwecken. Auch diesen die straffreie Rückkehr zu gestatten, wäre nicht wohl rathsam. Zwar glaube ich nicht, daß die Regierung in der That Vorgrünisse hegen dürfte, daß dieselben unserer Staatsordnung besondere Gefahr bringen; allein es ist noch ein anderes Moment hier zu berücksichtigen. Ich glaube und die Regierung glaubt, es würde das sittliche und das Rechtsgesühl des Volkes verletzen, wenn man auch solche Individuen, die die Revolution gleichsam gewerbsmäßig betreiben und dafür allgemein im Lande bekannt sind, einladen würde, in das Vaterland zurückzukehren. Das ist ein Hinderniß, das die Regierung bis jetzt nicht zu beseitigen vermochte; und bei dieser Sachlage kann sie wohl behaupten, daß thatsächlich Das schon besteht und gegeben ist, was die Petenten wollen. Dem Wesen nach haben wir eine Amnestie, und es ist wahrscheinlich, daß die Petenten diese ihre Bitte selbst nicht gestellt hätten, wenn sie von der Sachlage genau unterrichtet gewesen wären.

Gegen den Antrag der Kommission hat die Regierung nichts zu erinnern, denn ihr Streben ist auf die größtmögliche Milde gerichtet; auch glaube ich nicht, daß Grund vorhanden ist, im gegenwärtigen Augenblick die Regierung zu einem weitem Schritte zu veranlassen.

Da sich Niemand mehr zum Wort meldet, wird der Kommissionsantrag angenommen.

2) Abg. Fingado über die Bitte mehrerer Einwohner von Breinau u. um Hebung der Pferdezucht durch einen Staatszuschuß. Die Kommission beantragt Ueberweisung der Petition an groß. Staatsministerium zur Kenntnisaufnahme und geeigneten Berücksichtigung.

Der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Weizel: Die groß. Regierung habe gegen diesen Antrag nichts zu erinnern. Dem nächstens zusammen tretenden landwirtschaftlichen Zentralausschuß werde die Frage der Hebung der Pferdezucht zur Verathung vorgelegt werden.

Abg. Kirsner unterstützt den Kommissionsantrag, der so dann angenommen wird.

3) Abg. Fauler über die Bitte der Gemeinden Reuchen und Thiergarten um Errichtung einer Telegraphenstation in Reuchen. Der Kommissionsantrag auf Ueberweisung der Petition an groß. Staatsministerium zur Kenntnisaufnahme wird ohne Diskussion angenommen.

4) Abg. Mays über die Bitte der Gemeinde Schnerkun-

gen u., Abänderung des §. 135 des Forstgesetzes vom Jahr 1833, und des Waldablosungsgesetzes vom Jahr 1848. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Tagesordnung.

Abg. Fischer befürwortet die Wünsche der Bittsteller, und beantragt Ueberweisung der Petition an groß. Staatsministerium.

Dieser Antrag bleibt jedoch ohne Unterstützung, und wird der Kommissionsantrag angenommen.

5) Abg. Fingado über die Bitte mehrerer Bürger von Durlach um Aufhebung der Wajenmeisterien. Der Kommissionsantrag geht auf Ueberweisung der Petition an groß. Staatsministerium zur Kenntnisaufnahme.

Die Abg. Schmitt und Paravicini unterstützen diesen Antrag.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey: Die Regierung beabsichtigt, wie früher schon erklärt, die Aufhebung der Wajenmeisterien, aber es werde dies nicht ohne bedeutende Entschädigung geschehen können.

Nachdem noch der Abg. Knie es eine kurze Bemerkung über diesen Gegenstand gemacht, wird der Kommissionsantrag angenommen. (Schluß folgt.)

Deutschland.

* **Karlsruhe, 9. Mai.** Mit dem 6. d. ist die Blumenausstellung im groß. Wintergarten zu Ende gegangen. Dieselbe ist dem Vernehmen nach von etwas über 20,000 Personen besucht worden. Jedermann, der die Herrlichkeiten oder Blumenwelt in dieser sinnigen Schaustellung gesehen, hat dieselbe mit hoher Befriedigung verlassen.

+ **Freiburg, 8. Mai.** Vor einigen Tagen ist dahier in der J. Wagner'schen Buchhandlung die Lebensbeschreibung eines edlen Deutschen, eines Mannes erschienen, dessen seltene Harmonie freier Geistes, energischen Willens und tief religiösen Gemüths nur auf deutschem Boden so kräftig sich gestalten konnte; es ist das Leben und Wirken des Herrn J. Heine v. Wessenberg, zugleich als Beitrag zur Geschichte der neuern Zeit bezeichnet, von dem als Schriftsteller rühmlich bekannten Geh. Hofrath Dr. Joseph Beck in Heidelberg verfaßt. Das Werk ist den Manen des Karl Huettlin, Bürgermeisters zu Konstanz, mit den Worten gewidmet: „Dem deutschen Manne, in dem Gesinnung, Charakter und Streben in gesunder Harmonie standen, dem theuern Freunde, dessen die Seele nur mit Erhebung zu Allem, was gut und recht ist, gedenken kann.“ Dem Verfasser stand ein reiches Material zu Gebote; viele Briefe, Aktenstücke, eine reiche Sammlung handschriftlicher Aufzeichnungen; insbesondere durch Vermittlung Huettlin's als Vollstrecker des Wessenberg'schen letzten Willens, eine Art Tagebuch, in welchem dieser, als Vorbereitung eines solchen Werkes, seinen Lebensgang von früher Jugend bis zu seinem Rücktritt vom Amte mit einläufiger Genauigkeit verzeichnet hatte.

In seiner reichen Fülle ist das Wirken des Kirchenfürsten und Staatsmannes, des Reformators der katholischen Kirche in Deutschland und des aus altem Adel entsprossenen Vertreters der freiherrlichen nationalen Entwicklung in lebendigen Zügen vor das Auge geführt. Beide Richtungen wurden durch den Glauben an die höhere göttliche Natur des Menschlichen bestimmt, indem Wessenberg den Klerus wie den Laien mit dem reinen Geiste des Christenthums zu erfüllen, und indem er auf dem Wiener Kongresse eine positive Grundlage für eine deutsche Nationalkirche, unter Zustimmung der Mehrzahl der deutschen Bischöfe, zu erringen suchte. Die Quelle des reinen und kräftigen Wesens des Mannes lag neben seiner Naturanlage hauptsächlich in der glücklichen Jugend, welche ihm die treue Sorgfalt des Vaters im ländlich-stillen Familienkreise geboten hatte. Von den eigenen Erlebnissen mußten aber wohl die folgenden einen bestimmenden Einfluß auf die religiöse und politische Ueberzeugung des für Wahrheit und Recht empfänglichen Jünglings üben. In Dillingen, an der durch gründliche, freie Wissenschaft gegen Ende des vorigen Jahrhunderts sich auszeichnenden Hochschule, gelang es der Jesuitenpartei, die Entlassung des von Wessenberg hochverehrten Lehrers Michael Sailer, des spätern Bischofs von Regensburg, ohne Pension in ungnädiger Weise bei dem Bischof von Augsburg durchzusetzen; wie viele andere Studirende, so verließ auch Wessenberg darauf jene Hochschule. Bei zweimaligem längerem Besuche in Regensburg bei einem mütterlichen Oheim, dem Reichstags-Gesandten Grafen v. Thurn, und bei dem Aufenthalt in Wien in verwandten adeligen Kreisen — vor dem Friedenskongreß zu Raftatt — im Jahr 1796 sah Wessenberg das habfüchtige Gebahren deutscher Reichsfürsten, von denen der Eine durch den Untergang des Andern seine Landesherrlichkeit zu erhalten suchte, unbekümmert darum, daß bei der Dnmacht des absolutistischen Reichsregiments Deutschland seinem Zerfalle zugeht.

Es ist hier nicht die Aufgabe, die eingehende Darstellung der vielseitigen praktischen Thätigkeit Wessenberg's nach Uebernahme der Verwaltung des Konstanzer Bisthums im Jahr 1802 zu besprechen. Sie machte sich mannichfach in Staat und Kirche bei bedeutsamen geschichtlichen Ereignissen geltend, und es gewährt besonderes Interesse, über deren Entwicklung

vielfach ihn selbst zu hören. Nur das Eine sei hier hervorgehoben, daß Wessenberg, wie er bei dem Wiener Kongresse an einer freisinnigern Fassung des Art. 13 der deutschen Bundesakte lebhaften Antheil genommen hatte, so auch bei Großherzog Karl, welcher ihm stets offenes Vertrauen zugewendet, im Jahr 1818 die rasche Verleihung der Verfassung mit Erfolg befürwortete.

Konnte auch Wessenberg in seinem Alter an keiner Frucht der Hauptaufgabe seiner äußeren Wirksamkeit sich erfreuen, so verkündete er doch in unerschütterlichem Gottvertrauen auf den Sieg der Wahrheit:

Mögen Stürme drüber tosen,
Stürmen trotz der Wahrheit Wort.
Mag, was sterblich, sich bemessen,

Was aus Gott, lebt ewig fort.

An diesem freudigen Muth des dem Grabe nahen Greises bewährt sich das Wort Wilhelm v. Humboldt's:

Die Hand der Zeit ein Herz läßt unberührt,
Das fromm und treu der Tugend Genius führt.

Mit welcher innerer Befriedigung den Verfasser die unternommene Arbeit erfüllte, welche wachsende Anziehungskraft dabei der Geist und Charakter Wessenberg's auf ihn übte, dieses spricht sich auf jeder Seite des gehaltreichen Buches aus, in welchem er selbst seine eigenen Ansichten über Kirche und Staat, insbesondere über die tiefsten Gründe und Bedürfnisse der nationalen Entwicklung in Deutschland so gesinnungsvoll treffend mittheilt, daß ihm der Dank jedes Freundes deutscher Größe und Ehre, wie menschlicher Kultur gesichert ist.

H. Vom Schwarzwald, 8. Mai. Eine im „Schwarzw. Wochenbl.“ erschienene Korrespondenz „Von der Breg“ macht unter Hinweisung auf die Vorgänge in andern Industrieorten und Gegenden den beachtenswerthen Vorschlag, daß der Schwarzwald, eine der industriellsten Provinzen Badens, dem ein größerer Handelsplatz zur Vertretung seiner Gesamtinteressen mangelt, in Rücksicht der nun bald in das Leben tretenden, mit Freizügigkeit verbundenen Gewerbefreiheit eine eigene Handelskammer, bestehend aus Abordnungen der bedeutendsten uhrmachenden und strohflechtenden Schwarzwälder Orte, gründen solle, um auf diese Weise die auf unsern Bergen und Thälern zerstreute Zusammenwirken kräftig und durch ein einheitliches geordnetes Zusammenwirken kräftig und nutzbringend vertreten zu können. Dieser Vorschlag scheint uns ganz zeitgemäß; er enthält die Aufforderung an die industriellen Männer des Schwarzwaldes, ihre geschäftliche Hand wachbereit „an den Puls der Zeit“ zu legen, um nicht einer gefährbringenden Ueberflutung anheimzufallen; denn voraussichtlich wird auch die Industrie des Schwarzwaldes in die durch die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit entstehende volkswirtschaftliche Bewegung hineingezogen werden und Veränderungen und Gestaltungen erleiden, von denen ihr Wohl oder Wehe in der Zukunft berührt wird. Es dünkt uns deshalb auch hohe Zeit, daß der industrielle Schwarzwald aus seiner alten Gemüthlichkeit und Sorglosigkeit zu einem thatkräftigen Handeln erwache und eine Vertretung in's Leben rufe, welche dem großen handelspolitischen und volkswirtschaftlichen Umschwung der Neuzeit gebührende Rechnung zu tragen vermögend ist. Wir müssen daher den Vorschlag zur Gründung einer Handelskammer für den engern und weitem Schwarzwald auf das kräftigste unterstützen, denselben aber dahin erweitern, daß die zu bildende Handelskammer zwar als einheitliches Zentralorgan für die Gesamtindustrie des Schwarzwaldes sich konstituirt, daneben aber in zwei Sektionen zerfalle, nämlich in eine Handels- und Gewerbekammer, damit neben der handelspolitischen Seite auch die technische zur vollen Geltung gelange. So erheischt es das Interesse unserer vielartigen und mächtigen Industrie. Es tritt nun an den industriellen Schwarzwald — da nebstbei noch zwei andere Gegenstände von hoher Wichtigkeit, der preussisch-französische Handelsvertrag und die Schwarzwaldbahn, eine umfichtige und eingehende Besprechung erfordern — die erste Pflicht zu einem gemeinsamen Handeln heran, um mit Besonnenheit, Ruhe und Umsicht die großen Tagesfragen zu einer für unsere Industrie erspriesslichen Erledigung vorzubereiten. Zur Realisirung dieser Aufgabe dürfte vorderhand eine ernsthafte Besprechung dieser Angelegenheit in engeren Kreisen angezeigt sein; dem Bernehmen nach soll in kurzer Zeit eine Einladung zu einer allgemeinen Versammlung in einem Lokalblatte erscheinen, wo dann die Zeit und der Ort näher bestimmt werden wird.

* Stuttgart, 8. Mai. Ueber den Schluß der Debatte der Zweiten Kammer über den Schäffle-Mittnacht'schen Antrag gegen Erlassung einer Adresse ist noch Einiges nachzutragen. Der Antragsteller Schäffle wendet sich gegen die verschiedenen Ansetzungen, welche gegen seinen Antrag erhoben werden. Er glaubt nicht, daß die Kammer sich in's Detail verlieren werde; er halte nur die deutsche Frage für wichtig und könne sich nur wundern, daß man nicht von allen Seiten es verlange, daß in dieser Angelegenheit ein möglichst klarer Ausdruck abgegeben werde. Die Kammer müsse sich bestimmt aussprechen, wenn sie überhaupt eine Wirksamkeit in dieser Frage ansprechen wolle. Er habe die Ansicht, daß die Kammer hier ein Wort aussprechen würde, welches seine Wirksamkeit sowohl gegenüber von Preußen, als von Oesterreich nicht verschleien würde. Es sei die Aufgabe der Kammer, an dem Orte zu sprechen, wo die Gelegenheit sich ergebe; auf spätere Veranlassungen lasse er sich nicht vertragen. Gehele: In Beziehung auf die deutsche Frage sei er der Ansicht, daß sie nur im Wege der Motion erörtert werden könne; denn er gehe vom praktischen, nicht von dem idealen Standpunkt aus. Deshalb, wegen einer gründlichen, reiflichen Berathung, sei er nicht für eine Adresse. Fakt: Er möchte doch wissen, welche Schwierigkeiten es habe, eine geregelte Antwortadresse zu erlassen; wegen der Weitläufigkeit und wegen des Zeitverbrauches habe es keine Bedenken. So gut als die Eröffnungsrede die einzelnen Punkte in bündiger Kürze behandelt und vorgetragen habe, werde es auch der Kammer gelingen, ihre Anschauungen vorzubringen. Die Kammer könnte und sollte die heute begonnene Verhandlung

fortsetzen, um sie in eine geregelte Antwortadresse zu bringen. Die Debatte wird geschlossen.

Das Resultat der Abstimmung ist schon bekannt. Ihm zufolge wird keine Adresse erlassen, aber in der Debatte ist hauptsächlich alles Wesentliche behandelt worden, was in einer Adressdebatte zur Sprache gekommen wäre; auch hat dieselbe auf die in der Kammer herrschenden Stimmungen ziemlich deutliche Lichtblicke fallen lassen. Die deutsche Frage dürfte eventuell auf dem Wege der Motion in das hohe Haus gebracht werden.

* Frankfurt, 8. Mai. Die heutige Bundestags-Sitzung bot nur wenig von besonderem Interesse, mit Ausnahme eines Gegenstandes, der gegen Schluß der Sitzung zur Sprache kam. Es wurde nämlich der durch die Zeitungen bereits bekannte Protest der Kasseler Wähler gegen die kurfürstl. Wahlverordnung vom 26. v. M. zur Vorlage gebracht, mit dem Antrage, denselben an die Reklamationskommission zur Begutachtung zu verweisen. Dem entgegen beantragte der königl. preussische Gesandte die sofortige Verweisung an den kurfürstlichen Ausschuss. Dieser Antrag, der eine lebhafteste Debatte zur Folge gehabt haben soll, wobei er von verschiedenen Stimmen unterstützt und von andern bekämpft wurde, drang schließlich nicht durch.

Bei der Umfrage erklärte der k. preussische Gesandte, daß er sich zu dem Vorschlag veranlaßt gesehen habe, die Eingabe nicht erst an die Reklamationskommission, sondern sogleich an den kurfürstlichen Ausschuss zu verweisen, indem er zur Begründung dieses Vorschlages folgendes bemerkte: Der Charakter des Wahlansprechens der kurfürstlichen Regierung vom 3. d. M. erhebe in Verbindung mit dem demselben vorhergegangenen Wählerlaß vom 26. v. M. sowohl in staatsrechtlicher, als politischer Beziehung von höchst zweifelhafter und bedenklicher Art. Diese Maßregeln seien ganz geeignet, schwere, in diesem Augenblicke nicht näher zu erörternde politische Folgen nach sich zu ziehen. Zudem konstituirt die Eile, mit welcher die kurfürstliche Regierung auf diesem Fundamente die Wahlen betreibt, ein periculum in mora und für Rechtsverhältnisse, an denen die k. preussische Regierung ihr Interesse lebhaft behauptet, ein Präjudiz. Endlich involvire der Wählerlaß und die auf denselben gegründete Aktion einen Mangel an Rücksicht gegenüber dem Antrage, welchen die königl. Regierung im Verein mit der kais. Oesterreichischen in der Bundestags-Sitzung vom 8. März d. J. gestellt hat. Aus diesen Motiven erhebe der Vorschlag einer ausnahmsweise beschleunigten Geschäftsbehandlung geboten, und habe der Gesandte nicht verabsäumen dürfen, dies wenigstens zu Protokoll zu konstatiren.

Die hohe Versammlung votirte außerdem auf Vortrag des Militärausschusses den Zollvereins-Staaten ihren Dank für die bewilligte Abgabefreiheit für Ausrückungsgegenstände der Bundesfestungen. — Oesterreich brachte zur Anzeige, daß es Hrn. Dr. Ritzky als Kommissar nach Hannover in die Kommission für Ausarbeitung eines Zivilgesetzbuches schicken werde. — Schließlich verschiedene Militärsachen, darunter die Dotation für die Bundesfestung Landau, welche bewilligt wurde. — Nassau war durch Mecklenburg vertreten.

* Göttingen, 5. Mai. (N. Fr. Ztg.) Dem Vorgange sämtlicher Wahlberechtigten von Kassel, des dortigen Oberbürgermeisters, des Stadtraths, des Ausschusses und der schätzigen Höchstbesteuerten, die gegen den Wahlmodus vom 26. April beim Bundestag Beschwerde geführt haben, sind heute die 120 hiesigen Wahlberechtigten gefolgt.

* Trier, 5. Mai. Das in der Sitzung des k. Justizpolizeigerichts vom vergangenen Samstag gegen die Broschüre von L. Simon: „Meine Deserion“, gepredigte Urtheil erkannte, dem Antrag der Staatsbehörde entsprechend, den Inhalt derselben stellenweise für strafbar an und lautete demgemäß auf Vernichtung der in hiesigen Buchhandlungen mit Verschlag belegten Exemplare.

* Koblenz, 8. Mai. Die Abgeordnetenwahl am vorgestrigen Tage hat dieselben Verhältnisse, wie die Wahl der Wahlmänner gezeigt; einer oberflächlichen Schätzung zufolge mag die numerische Stärke der liberalen Partei sich zu der ihrer Gegner wie 5 zu 1 verhalten, wobei indeß nicht vergessen werden darf, daß der größte Theil der Minorität aus Militärwahlen herrührt, die mindestens keine freie waren; an vielen Orten sogar auf Kommando vollzogen wurden. Es muß bemerkt werden, daß die siegende Partei sich nirgends in unserer Provinz Kundgebungen der Freude oder Manifestationen anderer Art erlaubt hat. Die feudale und kirchliche Partei haben eine Niederlage erlitten, von der sie sich so bald nicht erholen werden.

* Crefeld, 6. Mai. Wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, ist Prof. v. Sybel bei der heutigen Wahl einstimmig gewählt worden; was eben so erfreulich als überraschend ist, da nach früheren Nachrichten v. Sybel nur etwa auf 110 Stimmen zu rechnen hatte, während man annahm, etwa 80 Stimmen würden auf den Landgerichtsrath v. Nyvenheim fallen, der, obgleich Protestant, in der deutschen Frage zu der großdeutschen Politik der Gebrüder Reichensperger sich bekennt und deshalb der Kandidat der Klerikalen war. Wie die „Köln. Ztg.“ weiter erzählt, wurde dieses Ergebnis hauptsächlich durch einen glänzenden Vortrag Sybels am 3. Mai vor den Wahlmännern, worin er auch die Angriffe gegen ihn wegen seines angeblichen Hasses auf das Papstthum widerlegte, herbeigeführt. Besonders hob er ferner hervor, daß Preußen an einem Punkte stehe, an dem es sich auf lange hin entscheiden müsse, ob die Verfassung, um mit König Friedrich Wilhelm IV. zu reden, nicht bloß ein Blatt Papier, sondern ein echtes Bündniß zwischen König und Volk sein solle. Zum Schluß sprach er sich über die Haltung, welche der zukünftige Landtag anzunehmen habe, mit folgenden Worten aus: „Je höher die Wogen der Krisis gehen, desto vorsichtiger und bedächtiger sollte, scheint mir, das Haus der Abgeordneten auftreten. Niemals sollte es den Segen des Friedens und des Zusammenwirkens mit der Krone aus den Augen verlieren, überall, wo das Staatswohl und das Verfassungsrecht es gefiatten, den

Wünschen unseres verehrten Monarchen mit Eifer entgegen kommen. Aber eben so unerschütterlich muß im ganzen Lande, in Pallast und Hütte, die Ueberzeugung feststehen, daß, wo Pflicht und Recht es gebieten, keine Rücksicht und keine Macht auf die preussische Volksvertretung eine Einwirkung auszuüben im Stande ist.“ Die Folge dieses Vortrages und die glänzende Weise, wie Sybel die in Bezug auf einzelne Punkte an ihn gestellten zahlreichen Fragen beantwortete, war, wie bereits erwähnt, seine einstimmige Erwählung. (Wie aus einem Telegramm in der „Berl. Allg. Ztg.“ hervorgeht, hat sich die Gegenpartei der Abstimmung enthalten.)

Dresden, 6. Mai. Das „Dresdener Journal“, das Organ der Regierung, welche zuerst ihre Zustimmung zu dem Handelsvertrag mit Frankreich ausgesprochen hat, enthält einen ersten Leitartikel über den Vertrag, in welchem es die gegen denselben erhobenen Einwände widerlegt. Es seien weder so große politische Fehler gemacht worden, wie man behauptet habe, noch sei die Zollvereins-Industrie mit einem Sprung schutzlos geworden. Hätte es auch im Einzelnen Manches anders gewünscht, so halte es doch im Ganzen und Großen das Resultat für annehmbar und hege die feste Ueberzeugung, daß die Folgen für die materiellen Interessen des Zollvereins im Ganzen (speziell aber die sächsischen) vorwiegend günstig sein würden. Das Hineinziehen der Politik, der politischen Machtfrage, in diese rein handelspolitische Angelegenheit weist das offizielle Blatt gänzlich zurück, sowie auch die völlig irrige und nur aus der blindesten Voreingenommenheit“ zu erklärende Annahme, daß eine Terrorisirung und Infragestellung des Zollvereins durch Preußen vorliege, daß die ganze Handelspolitik des Zollvereins von Frankreichs Zustimmung abhängig gemacht sei, daß Oesterreich von jeder ferneren Annäherung ausgeschlossen werde ic. Der Anspruch Oesterreichs, stets allein der besonders Begünstigte zu sein, werde allerdings nicht aufrecht zu erhalten sein. Einen zweiten Artikel will das Blatt der rein wirtschaftlichen Erwägung widmen.

Berlin, 7. Mai. Man schreibt der „Zeit“ über die Wahlergebnisse:

Wir sind heute im Stande, die Wahlergebnisse mit einiger Sicherheit zu übersehen. Es zeigt sich, daß die liberalen Fraktionen auf der rechten Seite und im Centrum des Abgeordnetenhauses nicht so viel verloren haben, als es bei den anfänglichen Nachrichten, welche vorzugsweise aus den größeren Städten kamen, den Anschein hatte. Die Parteien Grabow und Bodum-Dollfus werden den auf dem Boden des Fortschrittsprogramms stehenden Fraktionen ungefähr die Waage halten, und jedenfalls nicht die letzteren ohne das Bündniß eines Theiles der ersten nicht über die Mehrheit werden verfügen können. Dieses Verhältniß ist insofern günstig, als es eine größere Garantie dafür gibt, daß das Plenum des Hauses nicht durch plötzliche, mehr aus den Impulsen des Parteilebens, als aus der thatsächlichen Ueberlegung hervorgegangene Anträge bestimmt werden wird. Mandat liberalen Namen von gutem Klang ist freilich auch diesmal der Boden zur Fortsetzung der parlamentarischen Wirksamkeit entzogen geblieben. Ohne Zweifel nicht weniger zum Schaden für das Land als für sie, da gerade dieses Mal es für jedes unbefangene Urtheil von Wichtigkeit erscheinen muß, eine parlamentarisch thätigen Kräfte in der Kammer zu sammeln, und am meisten diejenigen, deren Gewicht und Ruf als gewöhnliche, echt konstitutionelle Männer nicht angezweifelt werden könnte. Selbst Georg v. Binde ist nur wie durch einen Zufall in einem Winkel Westpreußens gewählt. Freilich, wer auf die Naturgesetze achtet, nach welchen die Wogen der Volkstimmung auf- und absteigen, wird noch nicht deshalb schwarzfärblich werden, weil sie diesmal ein paar Dutzend altliberaler Wähler mit fortgeschwemmt haben.

In dem gleichen Betreff wird dem „Bff. Journ.“ geschrieben:

Die Fortschrittspartei ist bei den Abgeordnetenwahlen durch viele neue, zum Theil bedeutende Kräfte verstärkt worden. In ihr, zusammen mit der Fraktion Bodum-Dollfus, liegt die Entscheidung über alle wichtigen Fragen. Auch diese Fraktion hat diesmal eine härtere Vertretung als das vorige Mal; Heintz v. Sybel wird mit ihr stimmen. Die konstitutionellen haben insofern alle Ursache, sich über den Anfall der Wahlen zu freuen, als ihre besten Repräsentanten an Mandate erhalten haben; wir nennen nur v. Patow, Graf Schwerin, v. Binde, Petze, v. Scaudon, Julienselde, Dr. Nöppel, v. Sänger, Gneist und Grabow. Zur Linken der Partei zählen nach den bis jetzt vorliegenden Listen acht Abgeordnete, darunter nicht ein einziger von parlamentarischer Thätigkeit. Das Land hat über seine Stellung zu dieser Partei keinen Zweifel gelassen. Auch die Reihen der Klerikalen sind bedeutend gelichtet; es sind an ihrer Stelle verschiedene Liberale gewählt worden. Und wie steht's mit der ministeriellen Partei? Die gibt es eigentlich in Preußen gar nicht; der beste Beweis dafür liegt in der ekklatanten Niederlage, welche sämtliche Minister beim Wahlkampf erlitten haben. Graf Bernstorff unterlag gegen den Geh. Rath Kern in der Preignitz, Hr. v. Jagow gegen Grabow in Prenzlau, Graf zur Lippe gegen den Gutsherrn Mathes in Arnswalde und gegen den Gerichtsdirektor Geisdorf in Nothenburg, Hr. v. d. Seydt gegen den Geh. Rath Kühne in Elberfeld. Die Hh. v. Neou und v. Müllner sind, wie es scheint, gar nicht in Betracht gezogen worden. Die übrigen Minister, Graf Jentsch und Prinz Hohenlohe, gehören zum Herrenhause, sind also nicht wählbar.

Se. Königl. Hoheit der Kronprinz ist heute von seiner Londoner Reise zurückgekehrt. Der preussische Gesandte zu Turin, Graf Brassier de St. Simon, ist hier angekommen. Dr. Ph. Zaffé, ein tüchtiger Gelehrter und Schriftsteller, ist zum außerordentlichen Professor der Geschichte an der hiesigen Universität ernannt worden. Seiner Anstellung als Universitätslehrer stand bisher seine jüdische Abkunft im Wege; aber diese Bedenken ist man jetzt hinweggenommen.

Wien, 7. Mai. Ein Artikel der „Donau-Ztg.“ macht in Wien nicht geringes Aufsehen. Das offiziöse Blatt faßt die Eventualität der Annexion Roms durch das Königreich Italien in das Auge, und meint, daß durch diese Thatsache das Papstthum auslöschen würde, einen universalen Charakter zu haben, und eine spezifisch italienische, rein romanische Institution werden würde. In diesem Falle, fügt die „Donau-Ztg.“ hinzu, wäre die Reaktion des germanischen Prinzips der Freiheit und Autonomie unvermeidlich, und Oesterreich würde die Kompensation für Das, was es verlore, leicht und

balb finden." An einer andern Stelle spricht das offiziöse Blatt sein Vertrauen in die Erhaltung des Friedens aus; welches auch die Konsequenzen der Abberufung Goyon's seien, Oesterreich werde „das Element seiner Kraft in einer starken Defensiv- und zuwartenden Haltung" suchen. Am Schlusse des Artikels spricht die „Donau-Ztg." mit auffallender Zuversicht die Ansicht aus, daß die italienischen Politiker sich irren, wenn sie durch die Besetzung Roms einen Stein im Wege gewonnen zu haben glaubten, um sich mit größerer Mühe und Sammlung an Nr. 2, die venetianische Frage, machen zu können. Die „Wiener Korresp." erklärt, daß der Artikel nur die Privatanficht seines Verfassers ausspreche. Für die Stimmung in gewissen Regionen dürfte er aber immerhin Beachtung verdienen. In den klerikalen Kreisen, wo man im Stillen um einen Einfall Garibaldi's auf österreichisches Gebiet zum Himmel fliehet, weil dies nach Ansicht der Ultramontanen das einzige Mittel gewesen wäre, die Situation der römischen Kurie, wenn nicht zu verbessern, so doch zu verändern, herrscht nach der „Presse" seit einigen Tagen große Niedergeschlagenheit. Mit Bezug auf das angebliche Projekt der römischen Kurie, den Sitz des Papstes von Rom nach Venedig zu verlegen, soll von österreichischer Seite bemerkt worden sein, daß das Wiener Kabinett das Eintreten einer solchen Eventualität durchaus nicht wünsche. Nicht in der Lage, für Rom etwas Wirksames zu thun, würde man in der Anwesenheit Vius IX. in Venedig nur eine Quelle neuer Verlegenheiten aller Art erblicken.

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Prinz Napoleon gibt heute Abend ein großes Souper — man sagt ein Abschieds-Souper — zu welchem die Mitglieder der ital. Gesandtschaft, seine Freunde vom „Siccle" und von der „Opinion nationale" geladen sind. — Was den General Goyon betrifft, so scheint in mitten der sich noch immer durchkreuzenden Gerüchte so viel gewiß, daß derselbe Rom gestern noch nicht verlassen hatte. Ueber die Rückkehr des Hrn. v. Lavalette nach Rom scheint ebenfalls Alles wieder ins Schwanken geraten zu sein. Die „Patrie" versichert heute Abend, daß, wenn keine Aenderung eintritt, Hr. v. Lavalette Paris nächsten Dienstag verlassen wird. Auf andern Seiten aber will man wissen, daß dieser Diplomat wenig Lust zur Rückkehr nach der ewigen Stadt zeige, wo er statt General Goyon den General Montebello zu finden und aus der Scylla in die Charybdis zu kommen fürchtet. Mit einem Worte, die Lösung der römischen Frage, die gestern noch unmittelbar und unverweilt bevorzustehen schien, ist heute wieder vertagt — bis nach der Versammlung der Bischöfe, wie die Einen, ad calendae graecas, wie die Andern behaupten. — Hier ist vielfach von dem Projekt einer Heirat zwischen dem Prinzen von Dranien und der Prinzessin Murat die Rede; nach Berichten aus Holland dagegen scheint man dort ganz und gar nicht daran zu glauben. Das Blatt „La Malle" zu St. Denis auf der Reunions-Insel hat vom vorigen Gouverneur wegen verlegender Aeußerungen über einen Dienstzweig der Insel eine Verwarnung erhalten. — Dem in der Generalversammlung der dramatischen Dichter und Kompositoren verlesenen Rechenschaftsbericht zufolge beliefen sich die Einnahmen der 20 Pariser Theater vom 1. April 1861 bis 31. März 1862 auf 11,191,041 Fr. Demnach steht die Große Oper mit 1,215,060 Fr., dann folgen das Cirque-Theater mit 1,185,624 Fr. und das Theater der Porte Saint-Martin mit 1,057,558 Fr. An Autorgebühren zahlten diese Theater im verfloffenen Jahre 1,277,178 Fr. Den größten Beitrag lieferte das Theater des Cirque (148,736 Fr.), Porte St. Martin (737,521 Fr.) Die Große Oper figurirt mit nur 87,026 Fr.

Belgien.

Brüssel, 6. Mai. (Fr. Z.) König Leopold ward (wie schon kurz mitgeteilt) am Sonntag Morgen abermals operirt, und zwar mit dem glücklichsten Erfolg. Seitdem aber stellen sich Fieber, Erschlaffung der Kräfte, und Entzündung der leidenden Theile in so beunruhigender Weise ein, daß gestern in der Nacht noch ein Ministerconseil stattfand, in Folge desselben die Veröffentlichung des ersten Bulletrins im „Moniteur belge" erfolgte. Der Einbruch, den diese Hubschiff überall hervorbrachte, ist unbeschreiblich, die Bestürzung allgemein. In der Kammer, welche heute ihre Sitzungen wieder aufnahm, und im Senat, wo man das Budget der öffentlichen Bauten von 1862 diskutirte, folgte man nur theilnahmslos den Verhandlungen und drängte sich um die Minister, um etwas Näheres zu erfahren. Die Zeitungen, welche der König noch jetzt täglich liest, die „Independance belge" und das Duobezblatt „Le Journal de Belgique", haben bereitwilligst der an sie ergangenen Aufforderung entsprochen, ein besonderes Exemplar für den leidenden Monarchen abzugeben, in welchem die Note vom „Moniteur" nicht figurirte. Der Herzog von Brabant ist durch eine gestern Abend spät abgehandelte Depesche eiligst eingeherberufen worden. Heute signalisirt man eine eingetretene Milderung; aber es bleibt leider nur wenig Hoffnung für eine Herstellung des geliebten Monarchen, für dessen Leiden nur zu wahrscheinlichen Verlust das Herz jedes Patrioten zittert.

Dänemark.

„Dagblad" schreibt: Das Linienschiff „Danebrog" (gebaut seit 1815) ist dazu bestimmt, zur Korvette umgewandelt zu werden, um dann mit 4 1/2 Zoll dicken Eisenplatten gepanzert zu werden.

Kopenhagen, 5. Mai. (H. N.) Der Beschluß der Bundesversammlung vom 1. d. M., welcher die Aufhebung der Note des dänischen Befandten vom 19. März, daß er sich nämlich in Frankfurt in zwiefacher Eigenschaft, als Bundesgesandter für Holstein und Lauenburg, und als völkerrechtlich unabhängiger Repräsentant des souveränen dänischen europäischen Monarchen mit Rücksicht auf Schleswig, befände, verbotresirt, hat hier bei Vielen wieder eine Hoffnung zersät. Das Blatt „Danmark" bezeichnet den Beschluß als

unerwartet, der ältern Schule angehörige Politiker sprachen bereits sofort nach Hervortreten dieser Auffassung die Befürchtung aus, daß sie sich bei den deutschen Mächten gegenwärtig keine Anerkennung würden erringen können. Daß das kombinierte Komitee diese Sache behandelt hat, ist jedoch Allen gänzlich unerwartet. Nicht mit Unrecht beruhigt man sich jedoch mit der Ansicht, daß bei der jetzigen Weltlage eine Friedensförderung aus Anlaß des deutsch-dänischen Streits nicht wohl denkbar sei und irgend eine friedliche Lösung, trotzdem daß der Knoten sich scheinbar wieder fester zusammengeschürzt, gefunden werden müsse.

Bermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 9. Mai. (Großh. Hoftheater.) In der gestrigen, in ihrem Ensemble trefflich von Statten gegangenen Vorstellung des „Don Carlos" wurde ein vorherrschendes Interesse des Auditoriums durch die Leistung des Hrn. Lange in der Rolle des Königs in Anspruch genommen. Bekanntlich hat Eduard Devrient in einem geistvollen Vortrag anlässlich des Schillerfestes seiner Zeit nachgewiesen, wie viel die Schauspielkunst zum vollen und ganzen Verständnis Schiller's beitragen könne, wenn in der Darstellung seiner dramatischen Gestalten erst das charakteristische Element vor dem bis vor kurzem noch fast ausschließlich vorherrschenden declamatorischen zur allgemeineren Geltung gekommen. Ein erster bedeutender Anlauf zur Beseitigung dieser Wahrheit auf unserer Bühne ist von Hrn. Lange in der Darstellung des Königs Philipp genommen worden.

Die beiden Grundzüge dieses Charakters, wie der Dichter ihn gezeichnet, sind schrankenloser, raffinirter Egoismus, der bis in's Allerheiligste des Gemüthslebens seiner Umgebung hineingreift, und finsterner Argwohn, von dem er wie in einem uralten Meer in qualvoller Athlosigkeit umhergeworfen wird. Die Vignette geht bei dem Schiller'schen Philipp nur gelegentlich nebenher. Mit Recht haben wir es doch in dieser Tragödie nicht in erster Reihe mit Philipp dem öffentlichen Charakter, dem Repräsentanten eines politischen Prinzips, sondern mit dem Menschen Philipp, mit dem durch Verhängnis und eigenes Verschulden tief unglücklichen Familienhaupt, dem eifersüchtigen Gatten, dem argwöhnischen Vater, dem getauften Freunde zu thun. Die beiden genannten Grundzüge sind es, von welchen sich wieder mehr oder minder vereinzelte hervortretende charakteristische Eigenschaften abzweigen: der menschenverachtende Hochmuth, der selbst gegen die zuverläßigsten und unentbehrlichsten Stützen des Thrones unverhüllt hervortritt; die rasende Eifersucht die auch jede feinste Gefühlsregung der Gattin, gehöre sie der Gegenwart oder auch selbst der fernsten Vergangenheit an, überwaschen, messen, richten zu wollen sich vermischt; die leicht verletzte Eitelkeit, die Albas' beiläufige Hindeutung auf das hohe Alter des Gebieters bitter empfindet und die ja das hauptsächlichste Motiv der Schlußkatastrophe und der beschlossenen Zerstückung aller Keime freisittlicher Entwicklung auf Jahrhunderte hinaus ist. Keineswegs eine seltsame Abnormität, sondern eine naturgemäße Reaction gegen die qualvolle Einwirkung jenes nimmer rastenden Argwohns ist die als solch trübseliger Gemüthsstimmung hervordringende Sehnsucht nach „einem Menschen", die nichts Anderes ist, als das Bedürfnis einer Rettungspflanze im uralten Meer. Die schließliche Vernichtungswuth gegen die idealen Güter flüchtiger Generationen aus Verdruss darüber, daß derjenige, der sie zuerst im Herzen getragen, sie durch einen Andern als ihn, den Gewaltigen, am Horizont der Zukunft herauszuführen dachte, hat neben der Frevlichkeit des flüchtigen Menschenverächters, der das Heil von Millionen der kleinlichsten, armeligsten seiner Empfindungen zum Spier schlachtet, zugleich etwas von der Stupeur und dem noch raffinirten Bosheit eines finstlich werdenden Greises.

Dieser unserer Auffassung des in Rede stehenden Charakters finden wir Hrn. Lange's Darstellung in allem Wesentlichen entsprechend. Sie abstrahirte ganz und gar von der traditionellen declamatorischen Schablone, war durchaus realistischer Art und mit gelungener Vermittlung scheinbarer Inkompatibilitäten von einheitlicher Durchführung. Wichtig erschien insbesondere ein Zug von Abspannung und Leberbrüchigkeit in Bezug auf Dinge, die zur Eitelkeit gehören, das gleichgiltige, gelangweilte Hineinwinken der fontanellethen Unterthänigkeitsbezeugungen als Etwas, das man einmal unvermeidlich tragen werden muß. Denn der Mann, der sich in Augenblicken der Erregung so sehr gehen läßt, wie Schiller's Philipp, kann nicht flüchtig als ein Solcher gedacht werden, dem die fastillanische Grandezza zur andern Natur geworden und der Zwang des steter Hofzeremoniells gleichsam in Fleisch und Blut übergegangen ist. In den lebensschafflichen Momenten begegneten uns hin und wieder Anklänge früherer Leistungen des Darstellers, wie Harpagon, Franz Moor. Dieselben machten sich jedoch nicht in einer Weise bemerklich, die der Darstellung irgendwie zum Vorwurf gereichen könnte. Es war eben nur der dieser und so vielen andern dramatischen Gestalten gemeinsame dämonische Typus, jener Zug des Besessenseins von einer übergewaltigen Passion, die stets dieselben Grundzüge aufweist, wie die ihr Wesen stets dasselbe bleibt und sie nur ihrem Gegenstand nach (als Geiz, Herrschsucht, Eifersucht u. s. w.) verschieden sein kann. Dieser Zug ist von dem Darsteller bereits in zahlreichen Gestaltungen wirksam zur Anschauung gebracht worden. Ohne Zweifel trübte hierin die stärkste Seite seines künstlerischen Naturells, das Geschiehmig seiner ungemainen Erfolge in Rollen wie Harpagon u. a., und eine Bilanz dieses Zuges ist es auch, die uns in mehreren seiner Leistungen auf dem Gebiete der Komik so wirksam entgegentritt. Es ist ersichtlich, daß Hrn. Lange wie Wenigen die Gabe des völligen Herantrretens aus dem eigenen Ich, des gänzlichen Anheimfallens an den Geist der Rolle eigen ist. Er ergreift so mächtig, weil er selbst aufs gewaltigste ergreift ist. Die Art von Abspannung, die nach solchen Leistungen den Zuschauer befüngt, läßt auf den Grad derjenigen schließen, welcher der Künstler nach solchen physischen Strapazen verfallen mag. Dieser Philipp, wie er im fünften Akt im Zustande halber Geistesabwesenheit aus seinem Schlafgemach unter die versammelten Höflinge trat, erschien in der That von den vorhergegangenen Stürmen in der Tiefe seines Wesens durchschüttelt und war nicht minder eine Gestalt zum Fürchten, als es Harpagon am Schluß des vorletzten Actes des „Geizigen" und Franz Moor in der bekannten Scene mit Daniel ist. Das Auditorium folgte der Leistung mit der gespanntesten Aufmerksamkeit, welche schauspielerische Leistungen von tiefgehendem psychologischen Interesse stets erregen.

Die Leistung der Frau Schönfeld als Königin Elisabeth war von edler Repräsentation und gewohnter Wärme und Innigkeit der Empfindung und fand mehrfach lebhaften sympathischen Anklang. — Der Gaf, der uns in der Titelerolle vorgeführt wurde, Hr. Köth vom Stadttheater zu Stuttgart, ermangelt vorzugsweise zweier notwendigen Requisite für einen Darsteller des betreffenden Rollengebietes auf einer Bühne von den Ansprüchen der unsrigen: eines wohlklingenden Organs und einer edeln Plastik. Haltung und Bewegung hatten etwas Ungeheures, Un-

sicheres, Gezwungenes, oft Unedles. In lebensschafflichen Momenten, wie beim letzten Zusammentreffen mit der Eboli und an der Leiche Posa's verlor der Darsteller vollends allen Haß. Die Rolle zeugte von eifrigem Studium und wie einzelne gelungene Momente auf, wo der Darsteller durch Wärme und Wahrheit der Empfindung ansprach; noch aber ließ sich eine gleichmäßige Durcharbeitung vermissen. Hr. Köth scheint nicht talentlos, wohl aber noch in einem Grade der Schule bedürftig, daß er sich zur Ausfüllung der durch Hrn. Koberstein's Abgang bevorstehenden Lücke schwerlich eignen dürfte. Seine neuliche Leistung als Ludwig XIV. im „Urbild des Tartüffe" ließ in jedem Betrachter noch mehr zu wünschen übrig.

Die Leistung als Posa zählt zu den besseren des Hrn. Schneider; die Totalauffassung des Charakters erscheint in der Hauptsache richtig, die äußerliche Repräsentation durchweg würdig. Ein kleines Meisterwerk ist die Eboli der Frau Lange; alle Züge dieses interessanten Dichtergebildes, Kofetterie, Nachsicht der Berühmten, Berückung, traten in reizender, ergreifender Lebensfülle, in wahrhaft süßlicher Farbengleich hervor und erregten wiederholt die lebhafteste Anteilnahme. Auch die übrigen Mitwirkenden, Hr. Brulliot (Lerma), Hr. Sosa (Alba), Hr. Conzertius (Domingo) u. s. leisteten im Ganzen Anerkennenswerthes.

— **Freiburg, 8. Mai.** Vom Kaiserstuhl, wo man schon seit acht Tagen reife Kirichen hat, kamen solche heute auch hieher auf den Markt. Die Befürchtung, daß die zuletzt eingetretene Kälte den Kirichenbäumen viel geschadet habe, bestätigt sich nicht; wir werden vielmehr ein reiches Kirichenjahr haben.

Am 25. d. wird das v. Rotteck-Denkmal der hiesigen Stadt durch das Komitee feierlich übergeben werden.

— **Stuttgart, 8. Mai. (St. i. W.)** In der gestrigen Sitzung des Vereins für deutsche Industrie kam zuerst das Verhältnis der Fabrikation musikalischer Instrumente zu dem französisch-preussischen Handelsvertrag zur Sprache, und glaubte die Versammlung sich gegen die projektirte Zollherabsetzung von 6 Pct. auf 4 Pct. per Zent. nicht aussprechen zu sollen, da ein besonderer Nachtheil für unsere Fabrikation hieraus nicht zu befürchten sei. Da die Fabrikation von chirurgischen, mathematischen, physikalischen, optischen und chemischen Instrumenten nicht vertreten war und auch der Vertrag auf diese Zweige unserer Industrie nicht in hohem Grade einwirken dürfte, wird eine Verhandlung über dessen Einfluß auf dieselbe umgangen und sofort zu der Metallwaaren-Fabrikation übergegangen. Eine Herabsetzung der Zölle von 10 auf 4 Pct. für seine Zinnumwaren kann die Versammlung um so weniger als gerechtfertigt erkennen, als auch hier wieder das Bestreben durchblickt, gerade den edlern, kostbaren Fabrikaten den notwendigen Schutz zu entziehen. Die Zollermäßigung für Messingblech und Draht von 6 auf 2 Pct., und ebenso die von Kupferblech und Draht, wird, da bei uns das ungeschliffene Rohmaterial sogar noch immer mit einem Eingangsgezell belastet ist, in der Schweiz und in Spanien englische und französische Konkurrenz die deutsche Fabrikation bereits sehr verdrängt und die genannte Herabsetzung den Charakter einer Einjahresprämie an sich trägt, als durchaus verwerflich und die deutsche Industrie in hohem Grade gefährdend erkannt. In der Herabsetzung des Zolles auf plattirte Kupfer- und Messingbleche von 6 auf 4 Pct. wird eine Beeinträchtigung der vaterländischen Fabrikation nicht gefunden, dagegen lassen die neuen Zollansätze für lackirte Blechwaaren, obwohl sie, Frankreich allein in Betracht gezogen, sehr günstig für unsere Industrie wären, eine große Beeinträchtigung derselben durch englische Konkurrenz befürchten, und wird es als eine Anomalie bezeichnet, daß die fertige Waare eine sofortige Zollermäßigung von 6 Pct. erfahren solle, während das Rohmaterial erst im Jahr 1865 eine solche von nur 1 1/2 Pct. zu erleiden habe. Befüglich der Plaquewaaren erblickt die Versammlung in der Zollherabsetzung selbst bei der vorgeschrittenen Entwicklung dieser Fabrikation keine Gefahr, wenn nicht die Franzosen eine zu niedere Qualität dieser Fabrikate herstellen, dadurch den Preis der Waare zu sehr niedrücken, und so die deutschen Fabrikanten nöthigen, den seitherigen soliden Standpunkt aufzugeben, wobei es ihnen immer noch nicht möglich wäre, in Frankreich selbst einen Markt zu bekommen, so daß eine gewisse Einseitigkeit des Vertrags in dieser Beziehung nicht zu verkennen ist. Bei den Neusilberwaaren findet die Versammlung um so weniger ein Motiv dafür, daß sie nach Frankreich mit 13 1/2 Pct. verzollt werden sollen, während der Zollvereins-Tarif nur 4 Pct. ansetzt, als gerade bei diesen Gegenständen der Arbeitsverdienst besondere Rücksicht verdienen würde. Ebenso erklärt sie sich entschieden gegen die Zollermäßigung für blankes Blechwaaren, da bei dem billigen Rohmaterial und der Ausbildung dieser Fabrikation in Frankreich dieser deutsche Fabrikationszweig sehr nothleiden müßte. Auch bei bronzenen Kupferwaaren sieht sie besonders in der späteren englischen Konkurrenz um so mehr eine große Gefahr für unsere Industrie, als durch die projektirte Zollermäßigung ein erweiterter Markt für dieselbe nicht geschaffen würde. Schließlich vereinigen sich die Anwesenden betrefend der Metallwaaren-Fabrikation zu dem einstimmigen Beschlusse, daß nach Erwägung aller, die verschiedenen Zweige dieser Industrie berührenden Verhältnisse selbst bei dem mit der Aenderung des seitherigen Systems und der seitherigen Zollsätze einzelnen Branchen derselben zugestandenen Vortheilen im großen Ganzen sich doch nur ein bedeutender Nachtheil für unsere Industrie ergeben würde, und daß daher die hieher bezüglichen Veränderungen des seitherigen Systems im Ganzen genommen zu verwerfen seien. Die gleichfalls auf der Tagesordnung stehende Möbel-Fabrikation war nicht vertreten und kam deshalb auch nicht zur Verhandlung.

— **Frankfurt, 7. Mai.** Hiesigen Blättern zufolge ist der preussische Major im Ingenieurcorps, v. Gohausen, welcher bisher der hiesigen Bundes-Militärkommission angehörte, von seinem Könige ernannt worden, einem Rufe des Kaisers Napoleon nach Paris zu folgen, um diesen bei der Abfassung der Geschichte Cäsar's durch seine Kenntniß der römischen Kriegsalterthümer auf dem rechten Augenblicke zu unterstützen.

— Aus Bonn vernimmt man, daß der seit längerer Zeit durch Krankheit an geistiger Thätigkeit verhindert gewesene Professor Karl S i m r o c k in diesen Tagen dort eintreffen und seine Vorlesungen wieder beginnen werde.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Krenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 11. Mai. 2. Quartal. 65. Abonnementsvorstellung: Die Stimme von Portici; große Oper in 5 Akten, mit Ballet, von Auber. „Masaniello" — Hr. Bran-

